

# iFijáte!

**Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala**

**Nr. 663**

**Mittwoch, 5. September 2018**

**25. Jahrgang**

## **Inhaltsverzeichnis**

Editorial.....	1
CERIGUA: „Den Weg findet, wer losgeht“.....	1
Putsch gegen CICIG: Jimmy will das Mandat nicht erneuern.....	3
Die dritte Lesung des Gesetzes zum Schutz des Lebens und der Familie im Kongress.....	4

### **Editorial**

Wir beginnen diese erste Ausgabe nach der Sommerpause mit dem allerletzten Artikel von CERIGUA. Leider enthält er keinerlei Hinweise auf die Gründe des Endes der Agentur. Des Weiteren hat der Präsident den Kampf gegen CICIG forciert und verkündet, deren Mandat nicht zu verlängern. Ein weiterer Hintergrund zum „Gesetz zum Schutz der Mütter“ aus dem Kongress komplettiert das Heft.

### **CERIGUA: „Den Weg findet, wer losgeht“**

**Guatemala, 08. August** - Diesen Mittwoch, den 8. August, nach exakt 35 Jahre kontinuierlicher Arbeit veröffentlicht CERIGUA ihren letzten Text, schliesst seine Pforten und Fenster und damit schliesst sich ein Lebenskreislauf als Pionier einer harten und komplexen Arbeit als alternatives Medium und im Engagement für Guatemala.

Dies ist der letzte von vielen Texten, die ich für CERIGUA im Laufe meines Lebens geschrieben habe. Diese Zeilen erlauben es mir, dieser Agentur Ehre zu zollen – sowohl aus einer journalistisch-professionellen Perspektive als auch aus einer persönlichen Perspektive als Teil eines Projektes von Frauen. Ein Projekt, mit dem ich zum Glück mit meiner Mutter zusammenarbeiten und mich persönlich wie beruflich voranbringen konnte.

Im Jahre 1983 begann CERIGUA seine Arbeit, als der damalige Verteidigungsminister, Oscar Mejía Víctores, gegen den Militärputschisten Efraín Ríos Montt putschte. Damit wurde ein komplizierter Weg beschritten, um die Realität in diesem Lande, die national wie international weitgehend unsichtbar war, bekannt zu machen: den brutalen Krieg, in dem sich Guatemala befand.

In einem Komplex aus drei Häusern mit Namen La Trinidad im Süden des sandinistisch regierten Managua (Nicaragua) begann diese Presseagentur ihren aufopferungsvollen Kampf, um die Informationsblockade um die Geschehnisse in Guatemala zu brechen und die gravierenden Menschenrechtsverletzungen anzuzeigen. Zugleich aber unterstützte sie die revolutionären Bewegungen. Zu dieser Zeit haben diejenigen, die damals lebten und an das Projekt glaubten, niemals erahnt, wie weit wir kommen würden. Eine Gruppe von guatemaltekischen RevolutionärInnen startete eine unsichere Überfahrt, in einem kleinen Boot inmitten eines Ozeans aus Informationen der grossen transnationalen Konzerne und kommerziellen Medien, die den Interessen der wirtschaftlichen Mächte dienen.

Wenige Monate nach ihrem Beginn zog CERIGUA in die mexikanische Hauptstadt, um etwas näher an den neuralgischen Zentren für Informationen zu sein und neue internationale Netzwerke und Allianzen zu bilden, die uns dabei unterstützten, unsere Themen weit entfernt von den Grenzen Mittelamerikas zu platzieren.

In einem solchen Projekt zu arbeiten hiess, mit diesen und jenen in globalen Wettbewerb zu treten, in einer Welt, in der wahre Informationsunterdrückung stattfand. Es hiess, sowohl Informationen zu produzieren, aber zugleich auch den Fluss der Medien zu überwachen, jeden Tag die Nachrichten zu verteilen, Teams zu leiten, Geld zu investieren und Geldquellen zu erschliessen und darüber Buch zu führen, die Büros zu reinigen und all das zu tun, was notwendig war.

Es gab drei Projekte: Cerigua (Presseagentur), Enfoprensa (Monitoring der Presse) und Nachrichten aus Guatemala. Regional waren wir Teil des Pools der Neuen Nachrichtenagenturen Lateinamerikas (POONAL), in der wir einen Weg gemeinsam mit geschwisterlichen Projekten wie Agencia Nueva Nicaragua, Salpress und Notisal de El Salvador gingen. Aus den Räumlichkeiten eines Hauses nahe der Metrostation Balderas heraus wurde CERIGUA zu einer seriösen Presseagentur, verantwortlich und engagiert, mit täglichen Nachrichten und regelmässigen Analysen, etwa der Monatlichen BeobachterIn und regelmässige spezielle Dienstleistungen. All dieses ist nun Teil eines geschichtlichen Erbes von Texten über das Land. Es gab auch Dienste in Englisch und Deutsch (*aus denen dann später ;Fijáte! entstand, d.Red.*). In den langen Jahren, in denen CERIGUA in Mexiko war, hat sie sich zu einem kleinen Medium eines kleinen Landes gemausert, das von der mexikanischen Metropole aus das Geschehen in Guatemala bekannt machte. Wir, die wir dort arbeiteten, lernten, wie wichtig die Kommunikation, die wahrhaftige Information war. Wir lernten auch, dass bei politischem Engagement Objektivität eine Illusion ist, weil in jedem Wort eine Intention steckt.

Ileana Alamilla positionierte sich als Teil einer Gruppe, die die Vereinigung der Ausländischen KorrespondentInnen in Mexiko bildeten. Das war der erste Schritt zu einem weiteren wichtigen Teil der Arbeit der Agentur – teilzuhaben an den Netzwerken für Informationsfreiheit und den Schutz der JournalistInnen.

CERIGUA ging einen langen Weg voller Hindernisse, aber auch grossen Freuden. Während des Krieges war die Agentur die erste Informationsquelle für Medien, die darüber berichten wollten, was in Guatemala passierte. Das klingt einfacher als es war. Die Agentur war in ständiger Gefahr, weil in Guatemala jeglicher Versuch, das Schweigen zu brechen als subversiv angesehen wurde und daher bedroht war.

Für CERIGUA engagierten sich im Laufe der 35 Jahre und an den verschiedenen Standorten viele unglaubliche Menschen, von denen wir lernten, mit denen wir diskutierten und stritten und die uns ein Forum bereiteten, uns frei zu äussern. Viele von ihnen waren Internationale, die ihre Solidarität mit dem guatemalteckischen Volk ausdrücken wollten. Bis heute treffen wir immer wieder in verschiedenen Räumen und Ländern Menschen, die in der einen oder anderen Form bei CERIGUA waren und die von CERIGUA geprägt wurden. Wir alle wurden von diesen Erfahrungen geprägt, wir wissen, was es heisst, in einem solchen Projekt zu arbeiten. Wir wissen, dass alternative Medien nicht marginal sind, dass die Anstrengungen viel grösser sind als in kommerziellen Medien und sicher sehr viel schlechter bezahlt. Aber dass sie auch befriedigender ist. Viele der JournalistInnen, die nun im Lande bekannt sind, begannen ihre Arbeit bei CERIGUA. Darauf sind wir stolz und auch darauf, dass viele von ihnen – trotz der politischen Veränderungen – diese ihre Herkunft auch öffentlich benannten.

Ileana und CERIGUA entdeckten und berichteten über jedes Ereignis der vergangenen 35 Jahre, die uns interessant erschienen, über tausende Ereignisse, die für andere nicht interessant waren, aber die Stimme der einfachen Bevölkerung, der revolutionären Bewegungen, der Frauen und der Leute auf dem Lande war.

In ihrer täglichen Arbeit hat CERIGUA der Öffentlichkeit Facetten der Realität gegeben, die in anderen Medien nicht auftauchten. Sie sprach aus, was andere nichts sagten, dass es in Guatemala Krieg gab, sie erklärte die Gründe für diesen Krieg, sie machte die Verbrechen der Regierung und des Heeres öffentlich. Und sie berichtete von Anfang bis Ende über den Verhandlungsprozess. Nach dem Ende des Krieges hat sie die Genderfrage, die Gewalt gegen Frauen in die öffentliche Debatte gebracht (siehe z.B. in der letzten ;Fijáte!-Ausgabe der Artikel über den Vortrag von Ileana Alamilla, d.Red.). Sie kämpfte für freie Meinungsäusserung und gab nicht nur der Presse in den Departamentos eine Stimme, sondern sie bildete auch hunderte Medienschaaffende aus den sozialen und Volksbewegungen im Land aus.

Die Agentur hat ihre begrenzten Mittel auch in einer Kampagne für Rigoberta Menchú als Friedensnobelpreisträgerin genutzt – und Ileana war währenddessen zur Überraschung von Rigoberta und dank der internationalen Solidarität an deren Seite. Bis zur Preisverleihung und dem Besuch der Sami im norwegischen Kautukeino.

Unter der Führung von Ileana begleiteten wir den Prozess der Friedensverhandlungen in Guatemala. Wir waren überall dort, wo es Dialoge gab, wir interviewten alle, die daran teilnahmen. Für die VertreterInnen der drei Verhandlungskommissionen wurde es normal, dass ein Team von CERIGUA in den Lobbys der Hotels präsent war.

Nach Unterzeichnung des Friedensvertrags musste CERIGUA sich neu erfinden. Es ist nicht dasselbe, eine Presseagentur zu sein, die von aussen aus berichtet, oder eine, die in Guatemala ist. Nicht nur angesichts der weiterhin schwierigen Bedingungen, unter denen die Presse dort arbeiten muss. In dieser Zeit hat die Agentur grosse Anstrengungen unternommen, ihre Erfahrungen an die sozialen Bewegungen im Lande weiterzugeben und Themen anders anzusprechen – die Situation der Frauen, die Sicherheit der JournalistInnen und die Situationen in den ländlichen Gebieten des Landes. In unseren Büros taten sich alltägliche Kämpfe auf: Zum einen die Sammlung von zuverlässigen Informationen und ihre Aufbereitung, zum anderen die Aufrechterhaltung der knappen Finanzen eines Projektes, das keine Gewinne abwarf, aber dem Land half. Wir mussten diese Mittel nutzen in einer Zeit des technologischen Fortschritts, um die hohen Standards, die uns Ileana vorgab, erfüllen zu können.

All dies zu tun – unter der Führung von Ileana – war eine Lebens-, eine revolutionäre Erfahrung, war eine ständige Herausforderung, die es uns ermöglichte, jeden Tag zu wachsen. Zugleich war sie herausfordernd, voller Unstimmigkeiten und Frustrationen, die uns alle bis heute zu denen gemacht hat, die wir sind. Das Leben in der Agentur war nicht frei von Problemen und Streitigkeiten. Es gab Widersprüche, die zu schmerzhaften Brüchen führten. Aber wir können heute sagen, dass die Entscheidungen richtig waren und die Leitung uns auf einen Weg führte, der es uns ermöglichte, Teil der Geschichte des Landes zu werden und dort zu bleiben.

Mein persönliches Leben, wie auch das vieler anderer, wurde von CERIGUA geprägt. Ich wurde nicht Journalistin, um bei CERIGUA zu arbeiten, CERIGUA machte mich zur Journalistin, bevor ich zur Universität ging. Ich bildete mich dort, ich erhielt dort die Möglichkeit, Kommunikation und Journalismus als ein Lebenswerk zu sehen, als eine Form des

Kampfes für eine Veränderung hin zu einer gerechteren, sicheren und gleichberechtigteren Welt.

In Guatemala gab es keine Projekte der alternativen Medien wie CERIGUA. Es gab keinerlei Erfahrung, wie eine solche Agentur über die diversen Wege geführt werden könnte. Das beschreibt der Titel dieses Textes „Den Weg findet, wer losgeht“, eine Textzeile aus einem bekannten Lied (*Es handelt sich um „Cantares“ des katalanischen Sängers, Joan Manuel Serrat (\* 1943), basierend u.a. auf „Caminante, no hay camino“, einem Gedicht des spanischen Poeten Antonio Machado (1875-1939), d.Red.*).

Ab dem 9. August hören wir auf, unsere Mails abzurufen und Informationen an die Medien zu senden. Das bedeutet aber nicht, dass CERIGUA verschwindet. Grosse Projekte werden wie grosse Persönlichkeiten ein geschichtliches Erbe hinterlassen. CERIGUA wird für Guatemala ein Beispiel bleiben, wie man für eine Demokratisierung der Informationskanäle kämpfen kann. Sie hat aufgezeigt, dass grosse Erfolge mit geringen Ressourcen in feindlicher Umgebung möglich sind. Sie hinterlässt uns als ein Erbe Integrität und Engagement – und ein Netzwerk von Personen, JournalistInnen und RedakteurInnen, die Teil dieses Projektes waren und weiterhin den schwierigen Weg gehen werden, ein gerechteres und demokratischeres Land aufzubauen. (Patricia Zapata Alamilla, Tochter von Ileana Alamilla, CERIGUA)

## **Putsch gegen CICIG: Jimmy will das Mandat nicht erneuern**

**Guatemala, 31. August** - Präsident Jimmy Morales verkündete die Entscheidung seiner Regierung, das Mandat der Internationalen Kommission gegen Straffreiheit in Guatemala (CICIG) nicht zu erneuern. Laut Morales habe er die Mandatsträger, die Vereinten Nationen, über die Entscheidung informiert.

„Wir haben dem Generalsekretär der Vereinten Nationen offiziell mitgeteilt, dass das Mandat der CICIG nicht verlängert wird und dass sofort die Übergabe der Kapazitäten an die entsprechenden (guatemalteckischen) Institutionen vorzuziehen ist“, sagte der Präsident in einer Pressekonferenz, die er gemeinsam mit Vizepräsident Jafeth Cabrera, Innenminister Enrique Degenhart, Verteidigungsminister Luis Miguel Ralda und der Aussenministerin Sandra Jovel sowie verschiedenen VertreterInnen von Polizei und Militär abhielt.

Laut Morales habe er den Generalsekretär der Vereinten Nationen im vergangenen Jahr vielfach auf seine Bedenken hinsichtlich eines verantwortlichen Handelns der Kommission aufmerksam gemacht und dass „viele ihrer MitarbeiterInnen unsere Gesetze verletzt haben, Personen und Institutionen bezichtigt haben, Akte der Korruption und der Straffreiheit begangen zu haben. Diese Anschuldigungen, in die Welt gesetzt über diplomatische Kanäle, haben zu einer selektiven Strafverfolgung auf der Basis schräger Ideologien geführt und einen rechtlichen Terror in Guatemala gesät“, sagte der Präsident. Er legte die Anschuldigung gegen den aktuellen Leiter der CICIG nach, „dass dieser unsere Gesetze, internationales Recht und Prinzipien sowie das Mandat der CICIG selbst verletzt. Die Justiz selektiert ihre Ermittlungen, um die BürgerInnen einzuschüchtern und zu terrorisieren. Er hat die Unabhängigkeit der Justiz verletzt, sie zu manipulieren versucht, Verfahren durchgeführt, die das Prinzip der Unschuldsvermutung und richtige Prozessführung nicht einhalten, also alles Prinzipien unserer Gesetze und des internationalen Rechts.“

Der Präsident fuhr fort, dass er alle diplomatischen Wege ausgeschöpft habe und immer in gutem Glauben gehandelt habe, dass er selbiges niemals auf Seiten der Vereinten Nationen bemerkt habe. Nach elf Jahren sei der Moment gekommen, die Befugnisse, die der CICIG zur Verfügung stehen sollten, an die entsprechenden guatemalteckischen Institutionen zu übergeben. „Ich sehe mich weiterhin in der Verpflichtung, der Staatsanwaltschaft (MP) und Justizorganen sowie allen Sicherheits- und Gerichtsinstitutionen, die unser Regierungssystem ausmachen, zu helfen.“

Er erinnere alle daran und blicke Ihnen offen in die Augen, weil er sich sicher sei über das, was er sage, dass seine gesamte Regierung die Ausgaben für die Justizorgane erhöht habe und weiterhin deren wirtschaftliche Unabhängigkeit und damit deren Funktionsfähigkeit sicherstellen werde. Laut Präsident Morales sei diese Entscheidung ein Schritt, um „unsere Institutionen zu stärken in ihrem Kampf gegen Korruption, Gewalt und Kriminalität. Meine Regierung hat stets das Gesetz und internationales Recht geachtet. Wir sind zuallererst ProtagonistInnen im Kampf gegen die Korruption in Guatemala und in der Region.“ Er erinnere das Volk Guatemalas daran, dass es seinen Institutionen und deren MitarbeiterInnen – laut Artikel 156 der Verfassung – nicht erlaubt sei, illegale Befehle auszuführen. Guatemala und seine Regierung glaube an das Leben, die Ehe zwischen Mann und Frau, glaube und wünscht freie Wahlen – ohne externe Einmischungen. „Guatemala will Freiheit, weil es an Freiheit glaubt.“

Vor der Pressekonferenz wurden mehrere Militärfahrzeuge gesichtet, die sich in der Umgebung des Sitzes der CICIG trafen. „Die Militärfahrzeuge umringten die Gebäude der CICIG und Zone 14. Sie kamen und gingen im Minutentakt“, sagte der Sprecher der CICIG, Matías Ponce. Währenddessen stieg also die Verschllossenheit durch die Pressekonferenz, in der die Regierung die Botschaft ihres Chefs, Jimmy Morales, verkündete.

Das Aussenministerium hat seine Verschwiegenheit gegenüber den Auslandsreisen der Ministerin Sandra Jovel aufrecht erhalten. Gestern wurde bekannt, dass diese ein Treffen mit der US-Vertreterin bei der UN, Nikky Haley, hatte. Allerdings gab es auf die Bitte von La Hora nach Informationen über das Gespräch kaum Antworten. Auf die Frage, welche Themen denn zwischen Jovel und Haley besprochen worden seien, erhielt La Hora nur die Antwort, dass bilaterale und multilaterale Themenbereiche entwickelt worden seien [*was immer das heissen soll, d.Red.*]. Weitere Informationen gab es dazu nicht. Bekannt wurde allerdings, dass die Aussenministerin von Mario Duarte begleitet wurde, dem Leiter des Sekretariats für strategische Aufklärung (SIE) und engem Vertrauten von Präsident Jimmy Morales. (LH)

## Die dritte Lesung des Gesetzes zum Schutz des Lebens und der Familie im Kongress

**Guatemala, 29. August** - Das Gesetz zum Schutz des Lebens und der Familie steht kurz davor, vom Kongress verabschiedet zu werden. Laut AnwältInnen, Abgeordneten und sozialen Organisationen könnten einige der Artikel verfassungswidrig sein, da sie die guatemaltekische Gesetzgebung und einige internationale Menschenrechtsabkommen verletzen.

„Sehr gut, Sandrita, ich beglückwünsche Sie“, sagte der Kongressabgeordnete Aníbal Rojas zur Abgeordneten Sandra Morán, bevor er am Nachmittag des 28. August den Plenarsaal verliess. Danach endete die zweite Lesung des Gesetzes über den Schutz des Lebens und der Familie. „Morgen ist die dritte und dann sind wir durch“, verabschiedet er sich mit einem triumphalen Lächeln.

Ein fehlendes Quorum verhinderte jedoch seine Prophezeiung. Die Sitzung des 29. August wurde unterbrochen, bevor überhaupt Punkt 6 der Tagesordnung aufgerufen werden konnte: die dritte Lesung und letzte Abstimmung über die Artikel eines der konservativsten Gesetze, die das Parlament in dieser Legislaturperiode je las. (...)

Die Gesetzesinitiative schritt – stillschweigend – voran, nachdem es vor drei Monaten ein zustimmendes Urteil des Ausschusses für Verfassungsfragen gegeben hatte. Das Plenum hatte in erster und zweiter Lesung in dieser und vergangener Woche den Entwurf durchgewinkt. Fast ohne Diskussion und mit einer Stimmenzahl Anwesender, die den mindestens erforderlichen Anteil umkreiste. Wo die anwesenden Abgeordneten sich in Gruppen trafen, telefonierten, auf ihre Uhren sahen und auf ihren Aufbruch drängten.

Laut Kongressabgeordneten und Mitglieder sozialer Bewegungen, wäre die Gesetzesinitiative 5272 ein Rückschritt bei der Verteidigung der Menschenrechte. Sie wurde am 27. April 2017 erstmals vorgestellt durch den Abgeordneten Aníbal Estuardo Rojas Espino von der Partei Visión con Valores (VIVA), unterstützt von 30.000 Unterschriften und der Nationalen Evangelikalen Koordination. In einer Pressekonferenz im Kongress hatte Rojas, eingerahmt durch 16 weitere Männer und eine Frau, den Gesetzentwurf verkündet. (...) „Wir glauben an ein Land mit festen Werten, die uns von Gott gegeben wurden. Und an das Leben (und nicht an die Abtreibung) und Ehen zwischen Mann und Frau, so wie es bei uns traditionell vorgesehen ist“, schrieb er Minuten später in seinem Profil sozialer Netzwerke.

Die Berufung auf Gott, die Bestrafung der Abtreibung und die Diskriminierung von Personen (LGBTI) sind die Eckpunkte dessen, was verschiedene Personen veranlasst, in dem Gesetzentwurf eine Verletzung der Verfassung und internationaler Abkommen zu erkennen. Demnach beginnt die Verfassungswidrigkeit bereits in der Begründung des Gesetzes. In Punkt sieben ist von dem Vorhandensein von „Minderheitengruppen“ die Rede, die Gedanken und Handlungen propagierten, die „mit der christlichen Moral unvereinbar“ seien. Dieser Punkt – so sagt es die Anwältin Quetzalí Cerezo, sei ein Frontalangriff auf das Prinzip des laizistischen Staates, das in der Verfassung festgeschrieben sei.

Letzten Juni hatte eine Nicht-Regierungsorganisation namens Incidajoven eine einstweilige Verfügung beim Verfassungsgericht gegen dieses Gesetz beantragt (siehe **¡Fijáte!** 660). Der Antrag wurde jedoch abgewiesen. Die verschiedenen Organisationen, z.B. die Frauenorganisation „Frauen verändern die Welt“, wollen weiterhin mit allen rechtlichen Mitteln gegen ein Inkrafttreten eines solchen Gesetzes kämpfen.

### Was das Gesetz bedeutet

In seinen 21 Artikeln beinhaltet das Gesetz für den Schutz des Lebens und der Familie drei Punkte, die die Rechte von Müttern, Kindern und der LGTBI-Gemeinde verletzen: Erhöhung der Strafen für Mütter, die abtreiben; Verhinderung einer auf sexuelle Diversität gerichteten Sexualaufklärung in Schulen; die unmissverständliche Klarstellung, dass es unmöglich werden würde, dass Personen des gleichen Geschlechts sich verbinden oder heiraten können.

Beginnen wir mit der Abtreibung: 10 Artikel des Gesetzentwurfes befassen sich mit dem „Schutz des Rechts auf Leben“. Die Strafen für Abtreibung sollen nicht etwa vermindert, sondern beträchtlich erhöht werden. Heute muss eine der Abtreibung für schuldig befundene Frau mit einer Strafe von ein bis drei Jahren Gefängnis rechnen. Im Entwurf ist von fünf bis zehn Jahren Haft die Rede. Die Strafen für Personen, die Abtreibungen vornehmen, steigen von jetzt maximal sechs Jahren auf 15 Jahre. Was die sozialen Organisationen besonders schwerwiegend finden, ist, dass die neue Gesetzgebung auch spontane Abtreibungen bestrafen würden. Damit würde sich das Gesetz an jene der konservativsten wie El Salvador annähern. So heisst es in Artikel 10 des Gesetzentwurfes: „Der Versuch einer Frau, bei sich selbst eine Abtreibung herbeizuführen, und eine fahrlässig begangene eigene Abtreibung werden mit Freiheitsstrafen zwischen zwei und vier Jahren belegt.“

Diese Vorschriften entfernen sich von den letzten Empfehlungen, die die Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte (CIDH) im Oktober letzten Jahres zu dem Thema veröffentlichte. Das CIDH stellte negative Wirkungen von Gesetzen fest, die Abtreibung kriminalisieren und damit die Würde und das Recht auf Leben über die personelle Integrität und Gesundheit erheben. „Die absolute Kriminalisierung der Abtreibung, selbst in solchen Fällen, in denen das Leben der Mutter in Gefahr ist und in denen die Schwangerschaft das Ergebnis einer Vergewaltigung oder eines Inzests ist, bewirkt eine unverhältnismässige Belastung für die Umsetzung von Frauenrechten. Sie schafft einen Kontext, der zu unsicheren Abtreibungen und damit einer erhöhten Todeszahl von Müttern führen kann“, erklärte die CIDH.

Das Büro des Hochkommissariats für Menschenrechte der Vereinten Nationen in Guatemala (OACNUDH) veröffentlichte am Dienstag eine Presseerklärung über internationale Menschenrechtsstandards und die Bestimmungen der Gesetzesinitiative 5272. Das Dokument erinnert an die Ausführungen der Kommission für Kinderrechte, nach der die Staaten den Zugang zu einer Abtreibung unter sicheren Bedingungen und mit Diensten nach dem Vorgang garantieren müssen, unabhängig davon, ob die Abtreibung an sich legal sei oder nicht. Die Konvention über die Verhinderung jeglicher

Diskriminierung gegen Frauen besagt ebenfalls, dass Gesetze, die einige medizinische Interventionen bestrafen, die exklusiv Frauen betreffen und jene bestrafen, die ihnen helfen, ein Hindernis darstellen für einen Zugang von Frauen zu gesundheitlicher Versorgung. „Die Bestrafung der ÄrztInnen, die ihre Dienstleistungen anbieten, verletzt die Frauenrechte“, heisst es in dem Dokument.

Das Gesetz zum Schutz des Lebens und der Familie beinhaltet einen Artikel, der besagt, dass bei einem natürlichen Tod eines Embryos oder Fötus die MedizinerIn, die diesen Fall betreut, Informationen darüber abgeben muss, was sie „im Interesse derer, die sie gerufen haben“, getan haben.

Das CIDH sagt jedoch, dass die Vorschrift, dass ein/e MedizinerIn oder andere Gesundheitsbedienstete die Verpflichtung haben, Menschen, die eine Abtreibung vornehmen lassen, zu notieren, nicht das Recht der Frauen auf Privatheit respektiere. Auch ist der Begriff „Interessierte“ so weit gefasst, dass er die Möglichkeit eröffnet, dass jede Person, ohne irgendeine Unterscheidung, Informationen über den Vorgang beantragen könne.

Schliesslich besagt ein neuer Artikel im ersten Teil der Gesetzesinitiative, dass eine spezifische Strafe auch jene erhalten können, die „in öffentlicher oder privater Form, direkt oder indirekt, selbst oder durch eine dritte Person, mit kommerziellen oder nicht-kommerziellen Interessen“ einen Schwangerschaftsabbruch befördern. Die Strafe liegt bei bis zu 10 Jahren Haft oder einer Geldstrafe von bis zu 100.000 Quetzales.

Die rechtlichen Prüfungen von Incidejoven und Frauen verändern die Welt stimmen mit der des Abgeordneten Walter Félix von der URNG überein: Dieser Artikel verletzt die Rechte auf Handlungsfreiheit und Gedankenfreiheit, wie sie in den Artikeln 5 und 35 der guatemaltekischen Verfassung festgeschrieben sind, aber auch Artikel 19 des Internationalen Paktes für Bürgerliche und Politische Rechte.

### **Verneinen der sexuellen Diversität**

Das zweite Ziel des Gesetzes ist es, eine ganzheitliche Sexualerziehung in Schulen zu verbieten. Artikel 15 verbietet explizit allen öffentlichen und privaten Bildungseinrichtungen, „bei Kindern und Heranwachsenden politische Einstellungen und Programme zur sexuellen Diversität und Gender-Ideologie zu fördern oder jene sexuelle Praktiken, die von der Heterosexualität abweichen oder unvereinbar mit den biologischen oder genetischen Aspekten des Menschseins sind, als normal zu vermitteln.“

In diesen vier Zeilen verletzt der Gesetzentwurf zahllose Artikel sowohl der Verfassung als auch internationaler Verträge. Zunächst einmal das Recht auf Gleichberechtigung. Zudem widerspricht es den Eckpunkten der Ganzheitlichen Sexualerziehung, der im Nationalen Basis-Curriculum des Bildungsministeriums festgelegt ist und in dem die sexuelle Diversität von grosser Wichtigkeit ist. Der Punkt, dass nicht-heterosexuelle Praktiken als nicht „normal“ bezeichnet werden, widerspricht Artikel 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, der besagt: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geist der Brüderlichkeit begegnen.“ Artikel 15 des Gesetzentwurfes könnte ebenfalls unter das Delikt der Diskriminierung, wie es im bestehenden Strafgesetz benannt ist, fallen. Die sexuelle Orientierung wurde vom CIDH als eine jener Kategorien benannt, die eine Diskriminierung verbieten.

Laut dem Dokument der OACNUDH hat die Generalversammlung der Organisation Amerikanischen Staaten (OAS) vier Resolutionen verabschiedet, die sich mit dem Schutz von Personen gegen diskriminierende Handlungen aufgrund der sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität beschäftigen. Sie fordern konkrete Massnahmen für einen effizienten Schutz der von solchen Handlungen betroffenen Menschen.

Vor der parlamentarischen Sitzung, in der die dritte Lesung des Gesetzentwurfes stattfinden sollte, sagte der VIVA-Abgeordnete Anibal Rojas folgendes zu diesem Punkt: „Wir sagen nicht, dass es keine Sexualaufklärung geben solle. Natürlich muss es die geben. Was wir aber ablehnen, ist die Gender-Ideologie, die wir als schädlich für unsere Kinder und unsere Gesellschaft ansehen.“ Die Gender-Ideologie, auf die sich der Artikel des Gesetzentwurfes bezieht, ist ein Konzept, das in den letzten Jahren von konservativen Gruppen problematisiert und popularisiert wurde. Dabei wird nirgends präzise erklärt, was darunter verstanden wird. Als Rojas danach gefragt wird, was er denn unter einer Gender-Ideologie verstehen würde, sagte er, dass damit Themen gemeint seien, „die nicht aus unserer eigenen Gesellschaft stammen: Themen wie die gleichgeschlechtliche Ehe oder unseren Kindern nahelegen, dass es normal sei, wenn jemand als VertreterIn eines anderen Geschlecht als ihrem ursprünglichen behandelt werden will.“

### **Verbot der gleichgeschlechtlichen Ehe**

„Die Liebe ergibt sich, die Beziehungen ergeben sich.“ Mit diesen Worten steht Sandra Morán von ihrem Abgeordneten- sitz auf und richtet sich an die anwesenden KollegInnen während der zweiten Lesung. Sie richtet ihren Blick auf Rojas in der letzten Reihe. Sie erhebt ihre Arme und ruft sie zu Besonnenheit auf. Morán braucht zwei Sitzungen, um daran zu erinnern, dass die Ehe keine Forderung der LGTBI-Verbände ist, aber dass dieser Gesetzentwurf trotzdem einen Artikel beinhaltet, der etwas verbietet, was heute in Guatemala noch gar nicht erlaubt ist: die gleichgeschlechtliche Ehe.

Artikel 16 verbietet eine Ehe von Personen gleichen Geschlechts. Artikel 17 eine Partnerschaft derselben. Und der folgende Artikel besagt, dass Personen nicht verpflichtet seien, nicht-heterosexuelle Praktiken „als normal zu akzeptieren“. Im Wortlaut: „Keine Person darf strafrechtlich verfolgt werden, wenn sie sexuelle Diversität oder die Gender-Ideologie nicht als normal akzeptiert“.

Laut Quetalí Cerezo ist dieser letzte Punkt ein Trugschluss und stellt das Recht auf Geschlechtsidentität falsch dar: „Sie versuchen die Idee zu verteidigen, dass niemand ihnen etwas vorschreibt, aber sie selbst versuchen, anderen etwas vor-

zuschreiben.“ Sie versichert, dass dies Artikel 44 der Verfassung widerspreche, der darlegt, dass „Gesetze und Regierungsverfügungen, die die Rechte, die die Verfassung garantiert, vermindern, begrenzen oder verfälschen“, null und nichtig seien. Der Gesetzentwurf endet mit dem Hinweis, dass alle öffentlichen WürdenträgerInnen und FunktionärInnen, die den Staat Guatemala repräsentieren, die Normen und Prinzipien dieses Gesetzes als offizielle Position „in Sachen des Lebens, der Kinder und Jugend und der Ehe“ einnehmen müssen. Aufgrund ihrer Prüfung des Entwurfs hält Cerezo es für sehr merkwürdig, dass es nicht von vornherein als verfassungswidrig zurückgezogen worden ist.

### **Das Vorzeichen: Nein zu einer geschlechtlichen Identität**

Eine Stunde bevor das Plenum zur zweiten Lesung zusammengekommen ist, traf sich der Ausschuss für Frauenangelegenheiten, der von Aníbal Rojas geleitet wird, um einen Gesetzentwurf zu beraten, der die Antithese zum Entwurf 5272 ist: Das Gesetz für eine geschlechtliche Identität, den Sandra Morán, unterstützt von Organisationen der LGBTI, aufs Papier brachte. Der Ausschuss sprach sich gegen diesen aus. Der Entwurf hatte das Ziel, es Transmännern und -frauen zu ermöglichen, legale Papiere zu erhalten, in denen ihre geschlechtliche Identität anerkannt wird. Ein Recht, das in einigen lateinamerikanischen Ländern wie Kolumbien, Ecuador, Peru, Bolivien, Argentinien und Uruguay besteht. Ebenso wie Rojas am Ende der Plenarsitzung letzten Dienstag, haben alle Abgeordneten des Frauenausschusses eine nach dem anderen Morán beglückwünscht für ihre Verteidigungsrede ihres Entwurfes. Um diesen danach abzulehnen. „Niemand bringt einen solch streitlustigen Gesetzentwurf ein, Sandrita. Das ist sehr verdienstvoll. Ich schätze Dich und zolle Dir Beifall“, sagte Erick Lainfiesta, von Encuentro por Guatemala. „Aber dieses Gesetz hat viele Kanten, die die Situation ein wenig ausarten lassen und Dinge in der Zukunft ergeben können, die kontraproduktiv wirken können.“ Die übrigen Kongressabgeordneten – inklusive Rojas – wiesen ebenfalls darauf hin, dass der Text einen neuen Schliff bekommen müsse. Der Präsident des Ausschusses für Frauenangelegenheiten wollte gegenüber den Medien nicht präzisieren, warum der Ausschuss gegen den Entwurf war. Nur Lainfiesta nannte einige spezifische Fälle, in der der Gesetzentwurf „Verwirrung und Fehlverhalten“ schaffen könne. Laut ihm könne ein Teil eines homosexuellen Paares sein Geschlecht in seinen Papieren ändern, um dann heiraten oder eine eingetragene Partnerschaft eingehen zu können. Damit würde das Gesetz, das gleichgeschlechtliche Ehen verbietet, ad absurdum geführt. Ein anderes Beispiel des Abgeordneten: Wenn eine Trans-Frau in einem Feuer sterbe und die forensischen Kräfte sie als Mann identifizierten, würde dies ein Problem werden, wenn es darum geht, die Person zu begraben: „Wird die Person als Mann oder Frau beerdigt?“, fragt Lanfiesta. Er schlug vor, sich an der Redaktion eines neuen Entwurfes von Morán zu beteiligen. Dazu sagte die unabhängige Abgeordnete Stella Alonzo, dass in einem neuen Entwurf ebenfalls eingebracht werden müssten „alle sozial Marginalisierten: Behinderte, Menschen, die mit körperlichen Problemen geboren wurden, die ebenfalls diskriminiert werden“.

Morán hörte diesen Einwürfen ernsthaft zu, ohne zu nicken und geduldig darauf wartend, bis sie an die Reihe kam. „Im Zentrum dieses Gesetzentwurfes steht die Anerkennung der Identität, *expresis verbis!* Dies ist der Ausdruck des Wunsches dieser Menschen. Wenn nicht in dieser Form, dann in anderer.“

Es ist vorauszusehen, dass die Diskussion und Abstimmung in dritter Lesung sowie die abschliessende Redaktion des Entwurfes 5272 auf der Tagesordnung der ordentlichen Kongresssitzung nächste Woche stattfinden wird. Das wird aber noch davon abhängen, was die Fraktionschefs entscheiden. Währenddessen wird eine Koalition von sozialen Bewegungen namens „Für das Leben“, die den Entwurf unterstützten, am Sonntag (2.9.) eine Demonstration im Stadtzentrum abhalten. „Abtreibung ist kein Recht, weil es kein Recht zu töten gibt“, werde einer ihrer Slogans sein. (Carmen Quintela Babio, Plaza Pública)

### **¡Fijáte!**

vierzehntägiger e-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

#### **Redaktion:**

Stephan Brües – [stephan.bruees@arcor.de](mailto:stephan.bruees@arcor.de)  
Theresa Bachmann - [theresabachmann95@web.de](mailto:theresabachmann95@web.de)

#### **Jetzt auch auf Facebook: [www.facebook.com/fijateMagazin](http://www.facebook.com/fijateMagazin)**

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

**Herausgeber:** Verein **¡Fijáte!**, registriert in CH-2502 Biel  
c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

#### **Abo-Verwaltung: [fijate@mail.de](mailto:fijate@mail.de)**

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

#### **Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:**

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6